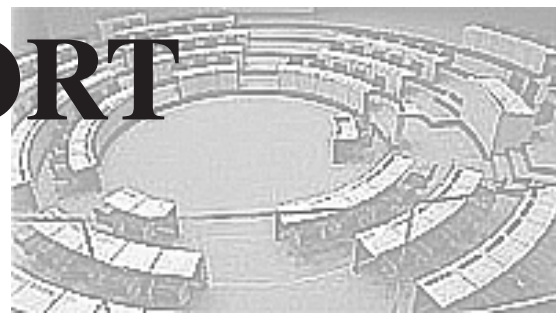


PARLAMENTSREPORT

DIE LINKE. Fraktion im Thüringer Landtag



Sparpaket ablehnen, Kinder und Alleinerziehende nicht schlechter stellen

Aus der Landtagsdebatte zum LINKEN-Antrag/44 Prozent der Alleinerziehenden auf Hartz IV angewiesen

Die LINKE hatte in der letzten Landtagssitzung einen Antrag vorgelegt mit dem Titel: „Schlechterstellung von Kindern und Alleinerziehenden verhindern. Sparpaket ablehnen, finanziellen Mehrbelastungen für den Freistaat entgegenzutreten“. Das Sparpaket verstoße gegen das Grundgesetz und sei zudem frauenfeindlich, hatte der Sozialpolitiker der Linksfraktion, Jörg Kubitzki, den Antrag begründet und auf die mehr als 21.500 Alleinerziehenden in Thüringen verwiesen, von denen 90 Prozent Frauen sind – und 44 Prozent auf Hartz IV angewiesen.

Der Antrag fand lediglich bei der Fraktion der Grünen Unterstützung, auch wenn der Redner der SPD, David-Christian Eckardt, betonte, dass die „Schwächsten der Gesellschaft nicht immer weiter belastet werden dürfen“. Im Übrigen läge ja das Sparpaket noch nicht konkret vor, zwar ließen die Vorschläge „nichts Gutes ahnen“, aber man könne doch noch auf Einsicht hoffen, so der Sozialdemokrat.

Für die FDP machte Thomas L. Kemmerich klar, dass das Sparpaket der Bundesregierung nur die „völlig ausgeufernten Ausgabentatbestände der letzten Jahrzehnte“ zurückschraube. Dagegen hielt der Landtagsabgeordnete der LINKEN Matthias Bärwolff immer wieder die Tatsache, dass es doch gerade

die sozial Schwächsten der Gesellschaft sind, die die Zeche für die Krise bezahlen sollen, während deren Verursacher nicht verhältnismäßig beteiligt werden. Die Bundesregierung plane Kürzungen im Sozialbereich in Höhe von 30 Milliarden Euro, der Bankensektor soll aber nur mit sechs Milliarden Euro herangezogen werden. „Das Sparpaket ist unausgewogen und sozial ungerecht“, betont er und verwies u.a. auf die Kürzungen beim Elterngeld „gerade für die Familien, die auf jeden Euro angewiesen sind“.

Öffentlicher Widerstand gegen soziale Kälte

Die arbeitsmarktpolitische Sprecherin der Linksfraktion, Ina Leukefeld, hatte sich mit einem öffentlichen Brief an Vereine, Verbände und Organisationen in Thüringen gewandt und ausdrücklich die Forderungen der LINKEN erläutert: „Überall im Land regt sich zu Recht Protest. Während die Wirtschaft und die Banken weitestgehend von Sparvorschlägen verschont bleiben, lassen CDU/CSU und FDP Rentnerinnen und Rentner, Arbeitslose, sozial Benachteiligte und Familien für die Zockerei der Banken und Spekulanten bluten. Das ist nicht nur grob ungerecht, sondern offenbart das wahre Gesicht dieser Koalition der sozialen Kälte und der politi-

schen Geisterfahreerei.“

Dieser soziale Kahlschlag müsse verhindert werden. „In dieser Situation, wo eine verfehlte Politik den sozialen Frieden und die Demokratie im Land gefährdet, kann es nur eines geben: öffentlichen Widerstand einer breiten sozialen Bewegung. Nur so kann es gelingen, diesen massiven Sozialabbau zu verhindern.“

Die Landesregierung müsse weiter unter Druck gesetzt werden, damit Thüringen die Sparpläne der Bundesregierung auf Kosten der sozial Schwachen mit aller Konsequenz ablehnt, sich für eine gerechte Lastenverteilung einsetzt und die Verursacher der Krise zur Kasse gebeten werden. Die Landesregierung müsse die Forderung nach einem flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn erneut in den Bundesrat einbringen. Finanzielle Mittel der Wirtschaftsförderung dürften nur in die Unternehmen fließen, die Arbeitsplätze erhalten und schaffen, die den Standards Guter Arbeit, also sozialversicherungspflichtiger, existenzsichernder, tariflich bezahlter, unbefristeter Arbeitsverhältnisse entsprechen.

Im Europäischen Jahr gegen Armut und soziale Ausgrenzung sollten und müssen gemeinsame Aktivitäten entfaltet werden, um der Abwicklung des Sozialstaates entgegenzuwirken. ■

KOMMENTIERT:

von André Blechschmidt

Bessere Bürgerbeteiligung

Ein wichtiger Punkt der Änderungsvorschläge der LINKE-Fraktion zur Stärkung der Bürgerbeteiligung bei Gesetzgebungsverfahren des Landtags sind die Vorschläge des Landesverbandes „Mehr Demokratie in Thüringen“. Dieser hatte sich dazu im Februar in einem Brief an alle Fraktionen des Landtags gewandt.

Am 1. März, dem Tag der Pressekonferenz von Mehr Demokratie, hatte die LINKE-Fraktion öffentlich ihre Unterstützung erklärt und damit angeknüpft an andere Vorhaben der Vergangenheit, wie z.B. zum Thema Volksbegehren und Bürgerbegehren. Auch dort hatte die Fraktion sich als „parlamentarischer Arm“ Mehr Demokratie e.V. zur Verfügung gestellt. Deshalb finden sich seine Vorschläge nun im Änderungsantrag der LINKEN zur Geschäftsordnung wieder.

Wir hoffen, dass sich im Rahmen der Ausschussberatung auch die anderen Fraktionen diesen Vorschlägen anschließen können. DIE LINKE-Fraktion hält es für die weitere Diskussion als sehr sachdienlich, wenn Vertreterinnen und Vertreter von Mehr Demokratie Thüringen dem zuständigen Ausschuss ihre Vorschläge nochmals erläutern könnten.

Kernpunkte sind: die Gesetzmateriale werden ab Zugang beim Landtag in einem Internetangebot oder auch auf anderen Wegen besser als heute den Bürgern zugänglich gemacht. Die Bürger sollen an den Landtag ihre Stellungnahmen richten können, die dann auch verpflichtend Eingang finden sollen in die weiteren Gesetzesberatungen des Landtages.

Ein solches Verfahren könnte ein wichtiger Baustein gegen Politikverdrossenheit sein, selbst wenn es noch nicht wirkliche Mitbestimmung der Bürger bedeutet. Aber eine sachlich fundierte und fruchtbare öffentliche Diskussion wird aller Wahrscheinlichkeit nach daraus entstehen.

Diese Vorschläge helfen auch gegen die „Plage“, dass Gesetze unter Missachtung der Interessen und Erfahrungen von Betroffenen und Fachleuten am „grünen Verwaltungstisch gebastelt“ und dann durchgedrückt werden, wie es z.B. beim so genannten „Familienfördergesetz“ der damaligen CDU-Landesregierung war. ■

AKTUELL

Chip-Karte kein Mittel gegen Kinderarmut

Nach einem Gespräch mit den Ländern und Kommunalverbänden am 20. August in Berlin hatte Bundesarbeitsministerin Ursula von der Leyen (CDU) verkündet, dass eine „große, breite Mehrheit“ dafür gebe, dass die Förderung für Kinder aus Hartz-IV-Familien durch Sachleistungen gestärkt werde. Bedürftige Kinder und Jugendliche sollen per sogenannter Bildungs-Chipkarte Zuschüsse auf Nachhilfe, Schulmaterial, Mittagessen, Musikschulen oder Sportvereine erhalten. Bei dem Treffen hatten die Fachminister der Länder kritisiert, dass der Bund immer noch keine neuen Berechnungen für die künftigen Hartz-IV-Regelsätze vorgelegt hat - wie es das Bundesverfassungsgericht verlangt. Die neuen Fördersätze für die Familien von Hartz-IV-Beziehern sollen laut Urteil zum 1. Januar 2011 wirksam werden.

Die eigentlichen Probleme der Kinderarmut werden mit den Vorschlägen

von der Leyen nicht gelöst, kritisierte Matthias Bärwolff, kinderpolitischer Sprecher der Fraktion Die Linke im Thüringer Landtag. Dem Bundesverfassungsgericht gehe es mit der Neuberechnung der Regelsätze darum, dass für jedes Kind und jeden Erwachsenen ein menschenwürdiges Existenzminimum gesichert werden müsse. Eine Chip-Karte für vorher festgelegte Leistungen werde diesem Anspruch nicht gerecht.

Es könne nicht hingenommen werden, dass Kinder, die in Armut leben müssen, weiterhin die Leidtragenden einer verfehlten Sozialpolitik seien. „Zuerst wurde mit Hartz IV die gestaffelte Berechnung ihrer Grundbedürfnisse abgeschafft, dann hat man die Bezugsdauer des Bundeserziehungsgeldes mit dem Elterngeld auf die Hälfte reduziert, nun soll es für Hartz-IV-Familien ganz abgeschafft werden, und jetzt will man über die Förderung der Chip-Hersteller-Industrie den Anspruch auf ein kindgerechtes Existenzminimum durch

die Zuschreibung eingeschränkter Sachleistungen aushöhlen“, protestierte Matthias Bärwolff.

„Was wir brauchen, sind deutlich angehobene Regelsätze, die den wirklichen Bedarf der Kinder abbilden. Wer weiß, dass gute Nachhilfe schon mal einhundert Euro im Monat kostet, kann sich vorstellen, dass Kindern mit Schul-schwierigkeiten mit Almosen von vielleicht 200 Euro übers ganze Jahr nicht gedient ist.“ Die bisherigen Regelsätze seien völlig unzureichend – und zwar in allen Lebensbereichen, von gesunder Ernährung über ausreichende Kleidung bis hin zu kultureller Teilhabe. „Deshalb fordern wir die Bundesregierung auf, schnellstmöglich ihre Hausaufgaben zu machen und die Regelsätze neu zu berechnen“, unterstrich der Abgeordnete und verwies auf den Vorschlag der LINKEN für eine Kindergrundsicherung von 420 Euro. „Jetzt wäre der Zeitpunkt, diese einzuführen.“ ■

KURZ UND PRÄGNANT

Insolvenzrecht

Die Pläne der Bundesregierung zur Änderung des Insolvenzrechts bezeichnete Bodo Ramelow als einen „weiteren verheerenden Beutezug der schwarz-gelben Regierung gegen die Arbeitnehmer und den Mittelstand sowie eine Katastrophe für die Firmen, die in Not geraten und durchaus sanierungsfähig wären“. Wenn im Haushaltsbegleitgesetz festgeschrieben werde, dass staatliche Gläubiger bei Firmeninsolvenzen bevorzugt bedient werden sollen, so sei dies „ein Anschlag auf alle anderen Gläubiger, wie zum Beispiel Zulieferer oder Handwerker“. Für solche zumeist kleinen und mittelständischen Unternehmen bleibe dann in der Konsequenz nichts anderes, als selbst in die Insolvenz getrieben zu werden.

„Der Sanierungsgedanke des modernen Insolvenzrechts verbunden mit der Rettung von sehr vielen Arbeitsplätzen ist von diesem Griff in die Taschen akut bedroht“, mahnte der Fraktionschef und kündigte an, dass sich auf Antrag der LINKEN die Landesregierung im Wirtschaftsausschuss des Landtages mit dem Thema befassen muss. Werde jetzt nicht schnell gehandelt, werde es durch die flächendeckenden Zugriffsrechte der öffentlichen Hand zu einem Massensterben der unter Umständen sanierungsfähigen Firmen kommen. ■

Krankenkassen

Als „einen Angriff auf die gesetzlichen Krankenkassen“, bezeichnete MdL Jörg Kubitzki die Vorhaben der schwarz-gelben Bundesregierung, den Wechsel zu den privaten Krankenversicherungen zu erleichtern. „Statt sich Gedanken zu machen, wie die Einnahmesituation der gesetzlichen Krankenkassen verbessert werden kann, wird schrittweise das solidarische Versicherungssystem vernichtet, indem es der Einnahmen beraubt wird“, kritisierte der Sozialexperte. Die Linksfraktion fordert den Erhalt der solidarischen Krankenversicherung und ihre Umwandlung in eine solidarische Bürgerversicherung. Ein erster Schritt dazu soll eine drastische Erhöhung der Beitragsbemessungsgrenze sein. Im September beginnt die Thüringer LINKE eine Gesundheitskampagne, bei der die Kritik an der Kopfpauschale und ein alternatives Konzept für ein modernes und sozial gerechtes Gesundheitswesen im Vordergrund stehen. ■

„Wenn alle Stricke reißen, wird es ein Volksbegehren geben“

Erneut demonstrierten Thüringer Bürgerinitiativen gegen überhöhte Kommunalabgaben

Erneut waren Bürgerinitiativen aus ganz Thüringen vor den Landtag nach Erfurt gezogen, um am Rande der Plenarsitzung am 19. August eindringlich auf das, wie es die Bürgerallianz bezeichnete, „praktizierte Unrecht in Thüringen bei der Erhebung von Zwangsbeiträgen für Abwasser und Straßenbau“ hinzuweisen.

beitet haben, die im September in den Landtag eingebracht werden soll – und die, so Hammen, „auf die Abschaffung der Zwangsbeiträge orientiert“. Wenn alle Stricke reißen, werde auf der Basis des Gesetzesantrags ein Volksbegehren auf den Weg gebracht, ließ er namens der Thüringer Bürgerallianz keinen Zweifel an ihren Kampfswillen.

– wie gegenwärtig die Situation in Thüringen bei der Erhebung von Kommunalabgaben ist – aufgrund der individuell sehr unterschiedlichen Forderungen, Grundstückseigentümer, die von kleiner Rente leben müssen oder langzeitarbeitslos sind, mit einer Zwangsenteignung rechnen müssen. Werde es keine befriedigende Regelung geben, „werden wir das Volksbegehren unterstützen“, erklärte der Fraktionschef der LINKEN.

Selbst der Redner der SPD, der Landtagsabgeordnete Matthias Hey, räumte mit Verweis auf den vom Innenminister vorgelegten Entwurf zu den Straßenausbaubeiträgen ein, dass es diesen nicht geben würde, „wenn Sie nicht seit Jahren hier gewesen wären“. Allerdings wurde auch dieses Eckpunkte-Papier der Landesregierung auf der Demonstration immer wieder scharf kritisiert.

Der Abgeordnete der CDU-Fraktion, Wolfgang Fiedler, der seine Sicht auf die Dinge darlegen wollte, kam nicht weit. Unter Pfiffen und Aufhören-Rufen – „wollen Sie mich vergraulen?“, „Ja!“ – verließ er bald und wütend das Podium. Vermutlich kann er sich eh nicht vorstellen, wie schlimm die Lage z.B. für die vom Beitragszwang betroffenen 16.000 Hartz-IV-Empfänger in Thüringen ist. Darauf wies u.a. die Vertreterin der Bürgerinitiative Bittstädt (Ilmkreis), Karin Geyersbach, hin, deren abschließender Ruf: „Gemeinsam sind wir stark – weg mit allen Zwangsbeiträgen!“ mit kräftigem Beifall quittiert wurde.

A. Rudolph



Peter Hammen, Landesvorsitzender der Bürgerallianz, verwies auf den Gesetzentwurf, den sie erarbeitet haben und allen Fraktionen im Landtag überreicht hatten. Aufgegriffen wurde er nur von der LINKEN und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, die auf dessen Grundlage eine Gesetzesvorlage erar-

Dass endlich eine gerechte Regelung gefunden werden muss, betonte auch Bodo Ramelow in seiner Rede auf der Kundgebung. Seine immer wieder unterstrichene Forderung, dass es um eine „für alle Bürger gleichermaßen zu tragende Lösung“ gehen müsse, wurde begrüßt. Es könne nicht angehen, dass

Bürgerbüro informiert: ALG II und Übernahme von Kommunalabgaben

Immer wieder erreichen das Bürgerbüro der Linksfraktion Anfragen von Hartz-IV-Empfängern mit selbst genutztem Wohneigentum, die zur Zahlung von Kommunalabgaben – Straßenausbaubau- und Abwasserbeiträgen – aufgefordert wurden, dazu aber aufgrund ihrer Einkommens- und Vermögenssituation nicht in der Lage sind.

Dazu liegt folgende Rechtsprechung vor: Abwasserbeiträge sind als Kosten der Unterkunft im Rahmen von Hartz IV vom Träger der örtlichen Sozialhilfe zu übernehmen, so das Sozialgericht Altenburg mit Beschluss vom 2. März 2009 (Az.: s 23 AS 103/09 ER). Es bestätigte eine Entscheidung des Sozialgerichtes Dresden (v. 10. 07. 2006, Az.: S 34 AS 293/05), dass bei selbst genutzten Eigenheimen zu den Kosten der Unterkunft auch ein Straßenausbaubeitrag als sonstige öffentliche Abgabe gehört. Dem Altenburger Beschluss liegt der Antrag einer Bezieherin von Arbeitslosengeld II auf Übernahme der Beiträge für die Herstellung/Anschaffung der öffentlichen Entwässerungseinrichtung zugrunde. Das Gericht entschied, dass es sich bei Beiträgen für die

Entwässerungseinrichtung um „sonstige öffentliche Abgaben“ handelt, die nach § 22 Abs. 1 SGB II als Leistungen für Unterkunft und Heizung in Höhe der tatsächlichen Aufwendungen zu übernehmen sind. Es erkannte der Antragstellerin einen Anspruch auf Übernahme der zu zahlenden Raten in Höhe von monatlich 30 Euro zu und stellte fest, dass die Unterkunftsrichtlinie, wenn sie andere Regelungen trifft, rechtswidrig ist.

Die Thüringer Linksfraktion hatte sich dazu in der vergangenen Legislatur mit einer Kleinen Anfrage an die Landesregierung gewandt (DS 4/5194), deren bisher nicht revidierte Haltung lautet: Grundstückseigentümer haben die finanziellen Lasten von Straßenausbaubau- und Abwasserbeiträgen aus ihren Regelsätzen zu tragen. Es sei eine aus Sicht der Landesregierung nicht zu beanstandende allgemeine Verwaltungspraxis, dass diese allgemeinen Anschlussbeiträge nicht zu den Kosten für Unterkunft und Heizung gerechnet werden. Wörtlich hieß es, dass „über die Frage, ob Anschlussbeiträge für Abwasser- und Straßenausbaubeiträge

auf der Grundlage des § 22 SGB II zu gewähren sind, die Landkreise und kreisfreien Städte als kommunale Träger der Leistungen nach dem SGB II nach allgemeinen Auslegungsgrundsätzen zu entscheiden haben und der Bund von seiner Verordnungsermächtigung nach § 27 SGB II bisher noch keinen Gebrauch gemacht hat“. Die Landesregierung werde bis zur Vorlage einer abschließenden Stellungnahme durch den Bund keine anderweitige Empfehlung zum Umgang mit den Anschlussbeiträgen aussprechen.

In Thüringen leben ca. 16.000 ALG II-Empfänger in selbst genutztem Wohneigentum. DIE LINKE wird weiterhin dafür streiten, dass die tatsächlichen Aufwendungen fürs Wohnen und damit auch die finanziellen Belastungen infolge von Beitragsschulden bei Abwasser und kommunalem Straßenausbaubau bei der Bewilligung der Kosten der Unterkunft Berücksichtigung finden.

Bürgerbüro der Linksfraktion im Thüringer Landtag
Telefon: 0361-3772637
E-mail: koelbel@die-linke-thl.de ■

Thüringen mit Kulturförderausgleich zu echtem Kulturland entwickeln

NACHGEFRAGT bei Dr. Birgit Klaubert, kulturpolitische Sprecherin der Linksfraktion

Das Kultusministerium hat jetzt eine Arbeitsgruppe einberufen, die bis zum Frühjahr 2011 Vorschläge für eine Neuverteilung der Fördermittel für Theater und Orchester vorlegen soll. Die LINKE spricht von einer inakzeptablen Hinhaltenaktik. Warum?

Zwar läuft die Förderperiode erst Ende 2012 aus, aber man muss beachten, dass die künstlerischen und personellen Planungen an Theatern und Orchestern notwendigerweise sehr langfristig erfolgen, meist mit einem Vorlauf von über zwei Jahren. Um diese Planungen realisieren zu können, brauchen die Einrichtungen bereits jetzt die Informationen über die ihnen zukünftig zur Verfügung stehenden Mittel.



Offensichtlich geht die Landesregierung von anderen Planungszeiträumen aus.

Ja, allerdings erst seit diesem Monat. Im Juni wusste man im Ministerium noch von den planerischen Mindestfristen.

Auf eine Kleine Anfrage unserer Fraktion nach dem Stand der Gespräche bei der Theater- und Orchesterfinanzierung antwortete das Ministerium: „Gesprächsrunden/Beratungen mit den Intendanten sind im Juni 2010 und mit den Trägern der Theater und Orchester im August geplant. Das Ziel besteht darin, mit dem Landeshaushalt 2011 den für konkrete Vertragsabschlüsse notwendigen haushaltsrechtlichen Verpflichtungsrahmen zu schaffen. Übersetzt heißt das, dass die Gespräche im Sommer dazu dienen sollten, mit dem Entwurf für den neuen Landeshaushalt auch die Zahlen für die neue Förderperiode zu benennen. Jetzt hat sich Christoph Matschie entgegen dieser Zielsetzung auf ein weiteres Aussitzen der Entscheidungen festgelegt und kaschiert das mit einem weiteren Arbeitskreis.“

Ist es nicht sinnvoll, wenn die Planung in einer Arbeitsgruppe entworfen wird, anstatt einfach vom Ministerium vorgegeben zu werden?

Zur rechten Zeit ist die Einbeziehung aller Beteiligten in diese Planung nicht nur sinnvoll, sondern notwendig. Eine gute Gelegenheit wäre das Kulturforum am 21. Mai in Sondershausen gewesen. In der direkten Nachbereitung dieses Termins hätte man alle Ideen mit Verantwortlichen aus allen kulturellen Bereichen besprechen können. Wir haben schon damals gesagt, dass das Kulturforum eine gute Sache ist, wenn es nicht nur eine Alibifunktion erfüllt. Genau das ist aber der Fall gewesen, denn außer dem Verschicken von Protokollen ist seitdem gar nichts mehr passiert. Jetzt ist keine Rede mehr vom Kulturforum, und die Menschen, die in kulturellen Einrichtungen Verantwortung tragen, sind einfach nur enttäuscht.

Wie könnte die Kulturfinanzierung nach Vorstellung der Linksfraktion aussehen?

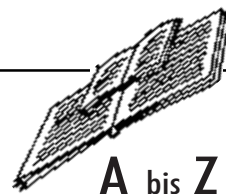
Überall im Land beklagen sich die Kommunen, die Theater oder Orchester besitzen, dass sie die Zuwendungen dafür keinesfalls erhöhen können. Angesichts der finanziellen Situation von Städten und Gemeinden ist das nachvollziehbar. Man muss aber auch sehen, dass kulturelle Einrichtungen nicht nur von den Bewohnern der jeweiligen Stadt besucht werden, sondern viele kommen auch aus dem Umland. Die Stadt, die beispielsweise Träger eines Theaters ist, kann sich aber von der Nachbargemeinde keine Unkosten für ihre eigene Bühne zurückholen. Wir plädieren deshalb für einen kommunalen Kulturförderausgleich, also einem Topf, in den alle Kommunen einzahlen und aus dem heraus Kultur finanziert wird.

Ein ähnlicher Vorschlag kommt übrigens von der „Kulturinitiative Thüringen“, die über einen Theaterfonds Finanzierungslasten auf alle Gebietskörperschaften verteilen will. Falls die Landesregierung davor zurückscheut, eine Idee der Linken aufzugreifen, könnte sie sich auch am Vorschlag der Kulturinitiative orientieren. Was es dazu braucht, ist nur ein bisschen guter Wille und der Mut endlich Entscheidungen zu fällen, anstatt sie weiter – zum Leidwesen der Kultur – vor sich herzuschieben.

Der Finanzierungsvorschlag klingt als könnte das Land damit sogar sparen.

Ganz so ist es leider nicht. Auch das Land muss sich zu seiner Verantwortung bekennen. Wenn Thüringen ein echtes Kulturland sein will – und ich denke wir haben alle Voraussetzungen dazu – dann müssen wir auch entsprechend in Kultur investieren. Ein Kulturförderausgleich würde die finanziellen Belastungen aber überschaubar bleiben lassen, weil die Finanzierung auf eine breitere Basis gestellt würde.

(Das Gespräch führte Frank Schenker)



A bis Z:

Rechtsextreme Schmierereien

Jede Woche gibt es an Thüringer Schulen rechtsextreme Strafdelikte (Antwort der Landesregierung auf die Kleine Anfrage von MdL Katharina König). Dabei gehen allein 60 Straftaten auf das Konto vom „Freien Netz Jena“, einer dem Spektrum der freien Kameradschaften zuzuordnenden neonazistischen Vereinigung. „Neonazis wollen ihre Symbolik und die damit verbundene Ideologie in gesellschaftlichen Räumen verankern. Dem Eindringen ihrer menschenverachtenden Politik in Lebensräume von Kindern und Jugendlichen muss konsequentes Handeln entgegengesetzt werden“, fordert die Sprecherin für Jugendpolitik und Antifa der Fraktion DIE LINKE.

Rechtsextreme Straftaten wurden an allen Schulformen festgestellt: von Förderschulen über Regelschulen bis hin zu Gymnasien und sogar Grundschulen. „Umso notwendiger ist es, sowohl die betroffenen Schüler als auch die Lehrkollegien zum Thema Rechtsextremismus zu sensibilisieren sowie mit entsprechenden Weiterbildungen und der Einbindung zivilgesellschaftlicher Initiativen in Schulen gegen Neonazismus vorzugehen. Die demokratische Stärkung von Kindern und Jugendlichen ist allerdings nicht allein Aufgabe von Schule, sondern muss von einer breiten gesellschaftlichen Basis getragen und unterstützt werden“, so Katharina König.

www.parldok.thueringen.de/parldok/default2.htm

Wichtige Termine

Landtagssitzungen:

Die nächsten Sitzungen des Thüringer Landtags finden in der Zeit vom 8. bis 10. September statt.

Diskussionsveranstaltung „Kulturland Thüringen – Quo vadis?“:

Dazu lädt die Linksfraktion am Freitag, den 17. September, 16 bis 20 Uhr, nach Gera in die Bühne am Park ein. Vertreter von Theatern, Museen, Bibliotheken und der Soziokultur legen dabei ihre Vorstellungen zur Kulturentwicklung in Thüringen dar.

Internet:

Täglich aktuelle Informationen über die Arbeit der Thüringer Landtagsfraktion DIE LINKE sowie ihre parlamentarischen Initiativen sind im Internet abrufbar unter:

www.die-linke-thl.de

ICE-Trasse

Die Haltung der Landesregierung zum Bau der ICE-Trasse und das „Abhängen der Region Ostthüringen vom Fernverkehr“ wurden von MdL Dr. Gudrun Lukin scharf kritisiert. Minister Carius nehme es billigend in Kauf, dass mit einem sturen Festhalten an der Realisierung dieses ICE-Großprojektes Ostthüringen das Nachsehen haben werde. Die Verkehrspolitikerin der LINKEN verwies auf dessen Äußerungen im Landtag, wonach für das Thüringer Schienennetz die Fertigstellung der Neubaustrecke Nürnberg-Erfurt-Halle/Leipzig der Schwerpunkt sei, erst danach werde man eine günstige Nahverkehrsanbindung der Ostthüringer Region an Erfurt realisieren.

Suizidprävention

Die Landesregierung soll die angekündigte bessere Suizidprävention im Justizvollzug rasch wirksam werden lassen, forderte MdL Ralf Hauboldt nach der Sitzung des Justizausschusses, der auf Antrag der Linksfraktion das Thema beraten und ihrem Verlangen auf eine Anhörung zugestimmt hatte. Dabei sollen, so fordert DIE LINKE, die Ergebnisse der Arbeitsgruppe und der schon seit 2009 vorliegenden Studie der Fachhochschule Jena sowie Praxiserfahrungen aus anderen Ländern wie Niedersachsen ausführlich öffentlich besprochen werden. Der Justizexperte bezeichnete es als nicht nachvollziehbar, warum dieser Schritt erst nach langem Drängen der Linksfraktion erfolgt.

EU-Schulobstprogramm

Seit fast einem Jahr beschäftige sich der Thüringer Landtag auf Antrag der Linksfraktion mit der zusätzlichen Versorgung von Schulen mit Obst und Gemüse unter Nutzung der bereitstehenden EU-Mittel. „Trotz monatelanger parlamentarischer Diskussion, in der alle Fraktionen dessen Notwendigkeit bekundeten, ist bisher kein Obst an den Thüringer Grundschulen angekommen“, kritisierte MdL Michaela Sojka.

Das liege vor allem an der fehlenden Förderrichtlinie. „Nun ist angesichts des schleppenden Regierungshandelns zu befürchten, dass es auch in diesem Schulhalbjahr keine Schulobstversorgung in Thüringen geben wird“, sagte die Bildungspolitikerin der Linksfraktion.

KURZ UND PRÄGNANT

Kita-Mogelpackung der Landesregierung

Die Einführung des neuen Thüringer Kita-Gesetzes ist „offenbar genauso schwierig, wie dessen Ausführung“, so die Landtagsabgeordnete Margit Jung, die in der auf Antrag der LINKEN anberaumten Aktuellen Stunde im Landtag gesprochen hatte. Noch immer seien die Rechtsverordnungen nicht da, werde das Gesetz unterlaufen – auch durch die Meldebögen zur Erfassung der Betreuungszeiten, die gegenwärtig von den Kindertagesstätten abverlangt werden. Wenn hier angegeben werden müsse, ob die Kinder sechs oder neun Stunden in der Einrichtung betreut werden, widerspreche dies dem Geist des Gesetzes, betonte die Abgeordnete der LINKEN. Im Gesetz werde von einer durchschnittlichen Regelbetreuung von neun Stunden ausgegangen, wonach der Personalschlüssel ausgerichtet werden müsse.

Gerade die durchschnittliche Berechnungsgrundlage sollte zu einer verlässlichen Personalausstattung führen, damit die Eltern ihren Rechtsanspruch auf eine Betreuungszeit von zehn Stunden gewährt bekommen – auch dann, wenn ihr Kind in manchen Wochen sieben und in anderen Wochen elf Stunden die Kita besucht. „Nur so kann die Betreuung auch dann gewährleistet werden, wenn die beruflichen Belange der Eltern z.B. aufgrund von Schichtplänen oder Hochphasen im Betrieb wechseln“.

„Eindringlicher können wir nicht sensibilisiert werden“

Karola Stange: Gehörlosengeld notwendig für wirksamen Nachteilsausgleich

Nachdem am 13. August im Thüringer Landtag die bemerkenswerte barrierefreie Ausstellung „Andere Augen“ eröffnet worden war und am nächsten Tag das Blindengeldgesetz auf der Tagesordnung des Landtages stand, hatten sich zeitgleich die Gehörlosen zu Wort gemeldet und mit einer Demonstration vor dem Landtag ihrer Forderung nach einer Beihilfe Nachdruck verliehen.



„Für einen tatsächlich wirksamen Nachteilsausgleich ist die Einführung eines Gehörlosengeldes in Thüringen unverzichtbar. Die Landesregierung muss hier endlich aktiv werden“, hatte Karola Stan-

ge, behindertenpolitische Sprecherin der Linksfraktion, die Forderungen unterstützt. Zudem hatte der Fraktionsvorsitzende der LINKEN, Bodo Ramelow, zu den Demonstranten gesprochen, die ihm ihre Situation, vor allem die notwendige Hilfe durch Gebärdendolmetscher, verdeutlichten.

Die Landesregierung dürfe die Ungleichbehandlung von gehörlosen und schwerhörigen Menschen im Vergleich zu Blinden und Sehbehinderten nicht länger aufrechterhalten. „Menschen mit Beeinträchtigungen des Hörsinns brauchen einen in seiner Funktion mit dem Blindengeld vergleichbaren finanziellen Nachteilsausgleich, um eine selbst bestimmte Gestaltung des Alltagslebens absichern zu können“, unterstrich Karola Stange und kündigte an, dass die LINKE-Fraktion ihre langjährige Forderung nach Einführung eines Gehörlosengeldes – in der Vergangenheit bereits in einem Gesetzentwurf zur Gleichstellung behinderter Menschen unterbreitet – erneut ins Parlament bringen und vor allem auch bei der notwendigen Novellierung des Thüringer Behindertengleichstellungsgesetzes thematisieren werde.

Andere Augen

Die Wanderausstellung des Berliner Vereins Andere Augen e.V. wird gegenwärtig im Landtag gezeigt. Der Grafiker Gregor Strutz (s. Foto) fotografierte sehr eindrucksvoll die Lebenswege zweier Blinder in Norwegen – der eine arbeitet als Lehrer, der andere als Bauer.

Die barrierefreie Ausstellung ist mit ihrem Navigationssystem auf die besonderen Bedürfnisse Sehbehinderter ausgerichtet. Das hier ebenfalls „zu sehende“ Fotolesetasthörbuch „Andere Augen“



entstand in Zusammenarbeit mit der Zentralbücherei für Blinde zu Leipzig. Mit ihrem inklusiven Anspruch schlage die Ausstellung ein neues Kapitel Thüringer Behindertenpolitik auf, sagte Dr. Paul Brockhausen, der als Thüringer Behindertenbeauftragter die Ausstellung unterstützt. Landtagspräsidentin Birgit Diezel sagte zur Eröffnung: „Eindringlicher können wir nicht sensibilisiert werden.“

Merkwürdige Studiogäste beim MDR: Sendung „Fakt ist...!“ thematisierte Bspitzelung der LINKEN

Als „kontrovers, emotional, hintergründig“ schätzt sich die wöchentliche Talk-Sendung „Fakt ist...!“ des MDR selbst ein. Am 16. August lautete das durchaus brisante Thema „Linken-Überwachung: Verfassungs-Schutz oder Schikane“. Die Redaktion erläuterte die Schwerpunkte so: „Wer darf wen aus welchen Gründen beobachten? Was wiegt mehr: das Recht auf freie Meinungsäußerung oder der Schutz der Verfassung? Wie soll man „Politischen Extremismus“ definieren? Was macht eine demokratisch gewählte Partei gefährlich?“

Doch die Zusammensetzung der Diskutierenden wirkte nur auf den ersten Blick ausgewogen und dem Thema angemessen. Mit etwas Hintergrundwissen stellte sie sich sogar als einigermaßen obskur dar. Angekündigt waren als Politiker: Sahra Wagenknecht, Bundestagsabgeordnete der LINKEN, und Mario Voigt, designierter Generalsekretär der CDU Thüringen. Darüber hinaus hatte die Redaktion Professor Eckhard Jesse von der Universität Chemnitz als so genannten „Extremismusforscher“ und den früheren Verfassungsrichter Hans-Joachim

Jentsch aufgeboten, beide als quasi unabhängige Experten. Merkwürdig: unerwähnt blieb, dass Jesse und Jentsch in Wirklichkeit gar nicht so unabhängig waren.

Jener Professor Jesse, eifriger Befürworter einer Bspitzelung der LINKEN, ist mit Fast-CDU-Generalissimus Mario Voigt sehr eng vertraut, er hat nämlich dessen Doktorarbeit betreut (was der MDR bei den im Internet veröffentlichten Kurzbiographien schlicht unterschlug). Jesse hat beste Kontakte zur CDU-Landtagsfraktion, zur CDU-nahen Konrad-Adenauer-Stiftung und zum Thüringer Verfassungsschutz, bei denen er jeweils als gern gesehener Gast referiert hat. Als Gutachter im NPD-Verbotsverfahren plädierte Jesse seinerzeit gegen ein Verbot der Neonazi-Partei – wegen deren angeblicher „Bedeutungslosigkeit“. Stattdessen warnt der rührige Forscher, der in Chemnitz ein von einer CSU-nahen Stiftung finanziertes Promotionskolleg unterhält, landauf, landab vor einem angeblichen „weichen Extremismus“ der LINKEN. Die Süddeutsche Zeitung hat betont, Jesse sei „durch Verharmlosung rechtsextremer Umtriebe aufgefallen“.

Hans-Joachim Jentsch war vor Jahren CDU-Justizminister in Thüringen. In dieser Zeit hatte er die damalige PDS mehrfach als „gefährliche Partei“ gebrandmarkt. Noch bei einem Vortrag im Jahr 2000 kokettierte Jentsch damit, die PDS in Landtagsreden „in die Nähe der Verfassungswidrigkeit gerückt“ zu haben.

Extremismus-Jesse und Bratwurst-Voigt

Mario Voigt, der rührige Bald-CDU-Generalsekretär, hat sich den unrühmlichen Spitznamen „Bratwurst-Voigt“ zugezogen. Während des Landtagswahlkampfes 2009 forderte er als Landesvorsitzender der so genannten Jungen Union (JU, die Kampfrsreserve der CDU für den Führungskräftenachwuchs), deren Mitglieder in einem Brief auf, die „kontrastierende Werbung“ zu übernehmen. Gemeint war eine Schmutzkampagne mit rassistischen Untertönen gegen Bodo Ramelow, den Ministerpräsidentenkandidaten der LINKEN. Dazu wurde eine Grafik angefertigt, auf der eine Bratwurst als „echte Thüringer“ und Bodo Ramelow als „falscher Thüringer“ bezeichnet wurden. Nach kritischen Medienberichten distanzier-

te sich die CDU Thüringen notgedrungen davon. Später stoppte das Landgericht Berlin wesentliche Teile der „Stoppt Ramelow!“-Kampagne der JU, da dort Lügen verbreitet wurden. Voigt selbst hatte seine Erfolgsschiff in der JU-Mitgliederzeitschrift mit den Worten, man werde „die Guerillagruppe sein, die Bodo noch fürchten wird“, auf die Schmutzkampagne eingeschworen. Durch seinen Stellvertreter war sogar angekündigt worden, man werde „Ramelow, Matschie und Co. mit ihren verkrusteten und ideologisierten Politikvorstellungen aus dem Freistaat treiben“. Dass ausgerechnet dieser Voigt, zeitweise Vorsitzender einer CDU-Strömung mit Vertreibungsphantasien, der LINKEN vorwarf, sie dulde „extremistische Strömungen“ in ihren Reihen, war Zumutung genug.

In der Sendung führten sich dann vor allem Voigt und insbesondere Jesse als grobschlächtige „Wadenbeißer“ auf. Sahra Wagenknecht parierte die Angriffe souverän, fragte mehrfach – den Namen der Sendung ernst nehmend – nach Fakten, freilich vergeblich.

Stefan Wogawa

SPD-Gebaren „politisch feige und miserabler parlamentarischer Stil“

Bodo Ramelow: SPD-Initiativen sind nicht das Papier wert, auf dem sie geschrieben wurden

Mit Blick auf die Versprechungen der Thüringer SPD vor der Landtagswahl konstatierte Bodo Ramelow, Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE: „Offenkundig verfährt sie nach dem Motto ‚Was stört mich mein Geschwätz von gestern‘. Die jüngste Landtags-sitzung war ein beredtes Beispiel dafür, dass Initiativen der SPD vielfach nicht das Papier wert sind, auf dem sie geschrieben wurden.“

Als Skandal bezeichnet er beispielsweise die gesamte Debatte um den Datenschutz. Zu diesem wichtigen Thema sei die Parlamentsinitiative seiner Fraktion nicht einmal in die Ausschüsse überwiesen worden, obwohl die SPD in ihren Redebeiträgen eigentlich klare Worte der Unterstützung gefunden habe. „Es ist doch widersinnig, dass die SPD trotz aller Zustimmung in ihren Redebeiträgen anschließend nicht einmal der Überweisung in die Ausschüsse zustimmt.“

Auch die Initiative der Linksfraktion zu den auslaufenden Konzessionsverträgen für Strom und Gas wird im Grund-

satz von den Positionen des Koalitionsvertrags der CDU und SPD geteilt. „Es ist ein mehr als zweifelhaftes Vorgehen, wenn SPD-Abgeordnete diesen Antrag nur für den Fall gnädigerweise in die Ausschüsse überweisen wollten, wenn kein Redebeitrag aus den Reihen der LINKEN gehalten werde“, sagte der Fraktionsvorsitzende.

Dass die SPD beim Antrag der LINKEN für ein höheres Blindengeld gegen einen von ihr in der Vergangenheit mitgetragenen Vorschlag abgestimmt hat, löse nicht nur bei den Betroffenen Befremden aus. „Deswegen haben wir nun eine umfassende Initiative zum Nachteilsausgleich gestartet“, informierte Bodo Ramelow und kündigte an, dass zum Beispiel die jahrelange Forderung nach einem Gehörlosengeld in Zusammenarbeit mit den Betroffenen erneut in den Landtag gebracht wird.

Das Gebaren der SPD nannte er „politisch feige und einen miserablen parlamentarischen Stil. Es bleibt der Eindruck, dass sich diese Koalition nur in Schach

hält. Sie macht keine Politik, nicht einmal die, die im Koalitionsvertrag steht“.

Standesämter öffnen

Als ebenfalls nicht nachvollziehbar, bezeichnete es die LINKE-Abgeordnete Karola Stange, dass trotz des Diskriminierungsverbots in der Thüringer Landesverfassung die CDU-SPD-Landesregierung den gleichgeschlechtlichen Lebenspartnerschaften noch bis zum 1. Januar 2011 die Eintragung auf den Standesämtern verweigern will. Damit hinke Thüringen der Entwicklung in Deutschland und Europa weiter hinterher.

In der Landtagsdebatte zu einem LINKEN-Gesetzentwurf zur Zuständigkeit der Standesämter für Lebenspartnerschaften, hatten CDU und SPD zwar den Reformbedarf anerkannt, aber auf weitere Übergangsregelungen gedrängt. MdL Ralf Hauboldt sprach von einer verfassungswidrigen Benachteiligung, „die schnellstens beendet werden muss“.

Menschenrechte unter Antragsvorbehalt

Mit einer selbst gebackenen Thüringer Landkarte hatte Sabine Berninger am 13. August das Frühstück des Thüringer Flüchtlingsrates vor dem Landtag unterstützt, mit dem dieser insbesonde-



re mit den Mitgliedern des Innenausschusses ins Gespräch kommen wollte. Dabei ging es um die sogenannte Residenzpflicht für Flüchtlinge, nach der sie den ihnen zugewiesenen Landkreis nur mit einer vorher erteilten Erlaubnis („Urlaubsschein“) – unter Angabe von Gründen bei der Ausländerbehörde zu beantragen – verlassen dürfen. Dies betrifft in Thüringen mehr als 2.000 Menschen, die damit an der Wahrnehmung von Grund- und Menschenrechten, wie soziale Teilhabe, politische Betätigung, Teilnahme an Versammlungen oder Religionsausübung, gehindert werden.

„Die Landesregierung sollte endlich von ihrer Ermächtigung Gebrauch machen und durch eine Rechtsverordnung die Residenzpflicht auf das gesamte Gebiet des Freistaates Thüringen ausweiten“, unterstützt Sabine Berninger, Sprecherin für Migrations- und Integrationspolitik der Fraktion DIE LINKE, die Forderung des Flüchtlingsrates. Die aus den Reihen der CDU-Fraktion geäußerten Befürchtungen, dies könne die

größeren Städte überfordern, seien ebenso absurd wie das Beispiel des „Urlaubsscheines“, den Bewohner der Gemeinschaftsunterkunft in Zella-Mehlis benötigen, um im etwa 1000 Meter nahegelegenen Lebensmittelmarkt einkaufen zu dürfen, weil dieser in der Gemarkung Suhl angesiedelt ist.

Die Landesregierung plant eine Ausweitung der Residenzpflicht lediglich auf an den Bezirk der für die Betroffenen zuständigen Ausländerbehörde angrenzende Landkreise und kreisfreie Städte. „Dies wird zu mehr Bürokratie und Verunsicherung bei den Flüchtlingen führen, von einer Gleichbehandlung ganz zu schweigen“, sagte die Abgeordnete, die sich mit der Bitte um eine gutachterliche Stellungnahme an den wissenschaftlichen Dienst des Thüringer Landtags gewandt hat. „Die Landesregierung argumentiert fadenscheinig, wenn sie behauptet, sie hätte nicht die Kompetenz, die so genannte Residenzpflicht auf das Gebiet des gesamten Freistaates auszudehnen. Es ist abstrus, mit Blick auf einen Pa-

ragraphen im Asylverfahrensgesetz zu argumentieren, dass dieser lediglich die Möglichkeit eröffne, den erlaubnisfreien Aufenthalt auf die Bezirke mehrerer Ausländerbehörden zu regeln. Dort steht nicht das Wort ‚alle‘, wies Sabine Berninger die Erklärungsversuche der Landesregierung als fadenscheinig zurück und verwies auf Bundesländer, wie Brandenburg oder Berlin, die sogar Bundeslandgrenzen übergreifende Regelungen im Blick haben.



KURZ UND PRÄGNANT

Fachkräftemangel

Mit Verweis auf die neue Fachkräftestudie, nach der in Thüringen bis 2015 mehr als 22.000 Mitarbeiter in der Sozialwirtschaft fehlen werden, sprach MdL Ina Leukefeld vom „logischen Ergebnis einer verfehlten Politik, die Lernen und Arbeiten in Thüringen nicht attraktiv macht. Hier sind niedrigere Löhne und längere Arbeitszeiten als anderswo immer noch an der Tagesordnung“. Wer wie die Thüringer Wirtschaft Kritik übe an der Forderung nach tarifgerechter Bezahlung, brauche sich nicht zu wundern, wenn die Fachkräfte den Freistaat verlassen. In Thüringen gelte die Tarifbindung aktuell nur für 53 Prozent der Beschäftigten und in 24 Prozent der Unternehmen. „Das ist beschämend“, betonte die Linkspolitikerin und bekräftigte die Forderung nach einem flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn, dem sich die Thüringer Landesregierung bisher verweigere.

Hainich als Weltnaturerbe

Heftige Kritik an der von der Landesregierung geplanten Ausgliederung des Nationalparks Hainich in eine Anstalt öffentlichen Rechts kam von der Linksfraktion. Bodo Ramelow sagte: „Dass der Urwald im Herzen Deutschlands in eine Anstalt eingegliedert werden soll, deren Ziel vor allem eine effizientere Holzwirtschaft im Landeswald ist, macht keinen Sinn!“ Es könne nicht sein, „dass Thüringen gerade versucht, den Hainich als Weltnaturerbe anerkennen zu lassen und gleichzeitig die direkte Verantwortung für den Nationalpark an einen Forstbetrieb delegiert“, kritisierte auch Katja Wolf. DIE LINKE beantragte eine Sondersitzung des Forstausschusses, bei der sie sich auch gegen die geplante Ausgliederung des Landesforstes wendet.

Verfehlte Schuldenbremse

„Da die Landesregierung nach wie vor kein Zukunftskonzept für die Entwicklung Thüringens hat und sie sich dem Einstieg in eine Funktional-, Gebiets- und Verwaltungsreform hartnäckig verweigert, ist zu befürchten, dass die anstehenden Einsparungen in Höhe von 512 Millionen Euro wieder zu Lasten von Sozialem, Kultur und Bildung gehen werden“, warnt die Haushaltspolitikerin der LINKEN Birgit Keller. Die ungerechte Steuerpolitik und eine falsche Schuldenbremse sorgen für Stagnation und Haushaltslöcher. Die Landesregierung müsse gemeinsam mit den anderen Bundesländern eine Neustrukturierung der Bundes-, Länder- und Gemeindefinanzen durchsetzen – ansonsten „geraten die Landesregierung und mit ihr das Land auf dem völlig verfehlten Schuldenbremsen-Weg immer mehr ins Rutschen“.

Armutsrenten nicht hinnehmbar!

Zu DDR-Zeiten geschieden: Rentenlücke für Frauen muss endlich geschlossen werden

Nachträglich Gerechtigkeit für in der DDR geschiedene Frauen schaffen – dies hat sich eine Interessengemeinschaft von Betroffenen auf die Fahne geschrieben. Auf Einladung der Abgeordneten Karola Stange (Fraktion DIE LINKE) besuchte eine Abordnung der Gruppe den Thüringer Landtag.

„Von der Politik vergessen, damit muss jetzt Schluss sein“, unterstützt Stange, gleichstellungspolitische Fraktions-sprecherin, das Ziel der Initiative. Viele Frauen, die in der DDR geschieden wurden und lange Hausfrauen waren, müssten heute als Rentnerinnen in Armut leben, weil sie nur eine geringe Al-

tersversorgung bekämen. „Im Gegensatz zu geschiedenen Frauen im Westen haben sie keinen Anspruch auf einen Versorgungsausgleich. Und das, obwohl das Ende der DDR fast 20 Jahre zurückliegt“, resümiert die Abgeordnete das Gespräch mit den Besucherinnen.

Der Politik sei das Problem sattem bekannt. So habe DIE LINKE auf Bundes- und Landesebene immer wieder Anträge in die Parlamente eingebracht, die diese Lücke bei der Rentengerechtigkeit schließen sollten. „Passiert ist leider nichts“, zeigt sich Stange enttäuscht. Man könne vielmehr den Eindruck gewinnen, dass die Bundesregie-

rung auf eine „biologische Lösung“ hoffe, seien die zu DDR-Zeiten geschiedenen Frauen doch bereits heute in einem fortgeschrittenen Alter. Deswegen dürfe die Lösung des Problems nicht weiter hinausgezögert werden, fordert Stange. „Wir prüfen eine Bundesratsinitiative zur Klärung der Angelegenheit“, kündigt sie an – und wird auch das Engagement der betroffenen Frauen weiter unterstützen.

Rente erst mit 70 ist zynisch

„Das Renteneintrittsalter darf nicht zum Spekulationsobjekt neoliberaler Politikvertreter werden“, protestierte der sozialpolitische Sprecher der LINKEN, Jörg Kubitzki, gegen die Forderung des Instituts der deutschen Wirtschaft nach einem Rentenbeginn mit 70 Jahren. „Nachdem das Rentenalter auf 67 Jahre angehoben wurde, nun dieser der Vorschlag. Muss womöglich damit gerechnet werden, dass einige Neoliberale demnächst die Abschaffung der gesetzlichen Rente verlangen? Für viele Berufsgruppen ist es gesundheitlich gar nicht möglich, bis 67 geschweige bis 70 zu arbeiten.“ ■



Fragen und Antworten zum Fraktionswechsel von MdL Thomas Hartung

Der Wechsel von Thomas Hartung in die Landtagsfraktion der SPD hat viele Fragen aufgeworfen, die aus Sicht der Landtagsfraktion DIE LINKE beantwortet werden. Hier Auszüge aus: www.die-linke-thl.de/presse/sonstiges/FAQ.pdf:

Ist Thomas Hartung in die SPD eingetreten?

Wissen wir nicht. In der Zeitung haben wir gelesen, dass dieser Schritt Thomas Hartung keine besondere Überwindung kosten würde. Laut Gutachten der Landtagsverwaltung ist die Bedingung für die Rechtmäßigkeit des Wechsels der Erhalt der politischen Homogenität der aufnehmenden Fraktion. Wir gehen davon aus, dass Thomas Hartung jetzt die Politik der Landesregierung gut findet, wie er überhaupt ein großer Anhänger von Regierungsbeteiligungen zu sein scheint. Laut Gutachten hat sich Thomas Hartung jedenfalls gegenüber der SPD-Landtagsfraktion „ausdrücklich zu den Zielen der Sozialdemokratie bekannt“. Dabei hat er sich noch im Juli 2010 schriftlich beim Weimarer Kreisverband der LINKEN gegen die Wiederaufnahme eines Weimarerers als Parteimitglied gewandt hat, weil der angeblich „Ziele und Programm der LINKEN nicht unterstützt“. Noch am Vorabend seines Überwechselns hat Thomas Hartung persönlich in der Kreisvorstandssitzung gegen die Aufnahme gesprochen.

Warum hat er nicht persönlich „tschüss“ gesagt, sondern seinen Austritt am 11.08. nur per E-Mail erklärt?

Das fragen wir uns auch.

Herrscht in der Thüringer Landtagsfraktion der LINKEN – wie von der Wei-

marer „neuen linken“ behauptet – ein autoritäres Regime?

Diese Frage dürfen wir nicht beantworten. (...) Sorry, der Spaß musste sein. Ständige Gremien in der Linksfraktion sind die Sitzungen der einzelnen Ressorts, die Fraktionsvorstandssitzung und die Fraktionssitzung. Grundlage unserer Arbeit ist unser Wahlprogramm. Ideen für Initiativen oder Aktionen können von allen Abgeordneten und Mitarbeiter eingebracht werden. Die Vorschläge werden dann diskutiert und bei entsprechenden Mehrheiten zu Positionen der Fraktion. Je nach Komplexität des Themas muss in mehr oder weniger vielen Gesprächen für Mehrheiten gewonnen werden. Dieser demokratische Prozess erfordert von den einzelnen Abgeordneten mitunter Ausdauer und Beharrlichkeit, die unsere Mandatsträger aber für gewöhnlich aufbringen.

War die Mediation zwischen LINKER und „neuer linker“ eine Alibi-Veranstaltung, wie behauptet wird?

Nein. DIE LINKE Thüringen hat mehrere tausend Euro investiert, um eine professionelle, unabhängige Mediation zu gewährleisten. Der LINKEN war ernsthaft daran gelegen, dass die Situation sauber geklärt wird, denn die Wähler erwarten von der LINKEN weder eine gespaltene Stadtratsfraktion noch den Verlust eines Abgeordnetenmandats durch Fraktionswechsel oder -ausschluss.

Hat Thomas Hartung sein Abgeordneten-Mandat privatisiert?

Natürlich. Er ist zur Landtagswahl als Direktkandidat der Partei DIE LINKE angetreten und als solcher in den Landtag gewählt worden. Die Menschen, die

ihm ihre Stimme gegeben haben, wollten doch nicht die SPD-Landtagsfraktion stärken! Thomas Hartung hat sich also entgegen dem Votum seiner Wähler für den Wechsel in die SPD-Landtagsfraktion entschieden. Privatisiert hat er übrigens auch sein Mandat im Weimarer Stadtrat. Wie seine drei Mitstreiter in der Stadtratsfraktion „neue linke“ wurde er ja ursprünglich auf der Wahlliste der Partei DIE LINKE gewählt.

Wurde Hartung in der Landtagsfraktion blockiert?

Nein. Er war gesundheitspolitischer Sprecher, Mitglied im Fachressort „Gesundheit und Soziales“ der Fraktion sowie Mitglied im Ausschuss für Soziales, Familie und Gesundheit des Landtags. Thomas Hartung hat beispielsweise in der Fraktionssitzung am 16. Juni seine Sicht auf die Problematik des Ärztemangels im ländlichen Raum und Ideen für Lösungsansätze vorgestellt. ■

IMPRESSUM

Der LINKE PARLAMENTSREPORT erscheint auf den Seiten 5 bis 10 in UNSERE NEUE ZEITUNG.

Herausgeber:

DIE LINKE. Fraktion im Thüringer Landtag, Jürgen-Fuchs-Str. 1, 99096 Erfurt.

Redaktion:

Annette Rudolph (Vi.S.d.P.), Annegret Brosemann

Telefon: 0361 - 377 2325; Fax: 0361 - 377 2416

E-Mail: rudolph@die-linke-thl.de

Internet: www.die-linke-thl.de

Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Materialien übernimmt die Redaktion des PARLAMENTSREPORTS keine Haftung. Sie behält sich das Recht der auszugsweisen Wiedergabe von Zuschriften vor. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Nachdruck von Beiträgen ist ausdrücklich erwünscht.



Adel verpflichtet?

Über „Michael-Benedikt Prinz von Sachsen-Weimar-Eisenach“ berichtet devot die „Zeitung“ mit den großen Buchstaben. Und spricht gleich noch vom „Oberhaupt des Fürstenhauses Sachsen-Weimar-Eisenach“. Aua! Schreiberin Juliane Schultz zwingt den armen Leser mit diesem publizistischen Hofknicks geradezu zum Fremdschämen. Dass Deutschland 1919 Republik wurde, scheint sich bis zu den Oberhäuptern des Springer-Hochhauses und ihren diversen Hofschranzen noch nicht wirklich herumgesprochen zu haben. Der „Untertan“ lässt grüßen.

„Der Prinz“ (BILD; die Bezeichnung ist etwa so sinnvoll wie „Der Michael“, da Adelstitel mit der Weimarer Reichsverfassung abgeschafft und in Namensbestandteile überführt wurden) also äußert sich zur Wartburg. Die verliere den Weltkulturerbestatus, wenn auf dem 7,5 km entfernten Milmesberg zwei Windräder errichtet werden.

Es gibt natürlich Für und Wider; das Thema wird über die Region hinaus kontrovers diskutiert, zumal die Landesregierung bestätigt, dass ein Brief des Internationalen Denkmalsrates Icomos eingegangen sei. Es wird schnell emotional, also ist doch wohl Versachlichung angebracht? Anders bei Herrn Michael. Da Adel verpflichtet, macht der gute Mann gleich auf quasi großherzogliche Panik: es drohe nicht weniger als eine „Katastrophe“, die Wartburg werde mit dem Bau der Windräder nämlich „in die Bedeutungslosigkeit verbannt“.

Nun erwartet man ähnlichen Klamauf vielleicht von einem Karnevalsprinzen, der qua Amt allerlei Narreteien zu verbreiten hat. Für Herrn Michael-Benedikt Sachsen-Weimar-Eisenach ist es nur – verräterische Sprache – „Gutmenschentum“, wenn hierzulande überhaupt Windräder errichtet werden. Und damit kann ein solches „Oberhaupt“ nun gar nichts anfangen. ■